

Tarifpolitische Info



**Gewerkschaft
der Polizei**

Tarif- und Besoldungsrunde 2018 Bund/VKA Beschlussfassung der öD-Gewerkschaften

Berlin. Am 8. Februar 2018 hat die Bundesarbeitskommission des öffentlichen Dienstes (öD) unter Beteiligung der Gewerkschaften GdP, GEW und IG BAU sowie der dbb tarifunion ihre Beschlussfassung für die kommende Tarifrunde mit Bund und VKA erstellt.

Folgende Forderungen wurden beschlossen:

1. Entgelterhöhungen

- a) Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 6,0 Prozent, mindestens aber um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- b) Die Entgelte der Auszubildenden und Praktikantinnen/Praktikanten sollen um 100 Euro monatlich erhöht werden.
- c) Die Laufzeit der Regelungen zu a und b soll 12 Monate betragen.
- d) Der Nachtarbeitszuschlag im Besonderen Teil Krankenhäuser soll auf 20 Prozent angehoben werden.

2. Auszubildende und Praktikantinnen/Praktikanten

- a) Die Ausbildungsbedingungen der bisher nicht tariflich geregelten Ausbildungs- und Praktikumsverhältnisse sollen in Anlehnung an den TVAÖD bzw. TVPöD tarifiert werden.
- b) Die Vorschrift zur Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung soll wieder in Kraft gesetzt werden.

Oliver Malchow, der Bundesvorsitzende der GdP, sagte am Donnerstag, dass nicht nur im Hinblick auf die schwierige Nachwuchsgewinnung auf einem angespannten Arbeitsmarkt eine spürbare Einkommensverbesserung notwendig sei.

Malchow: „Unsere Kolleginnen und Kollegen haben diese einfach verdient. Der gesamte öffentliche Dienst hat auch in der jüngsten Vergangenheit Belastungen gemeistert, die nicht nur mit Worten entlohnt werden dürfen.“

Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt, dass die neue Koalition Tarifabschlüsse (TVöD) grundsätzlich gleich auf die Beamtenbesoldung übertragen will. Malchow: „Wir freuen uns, dass wir diese eigentliche Selbstverständlichkeit künftig nicht mehr bei jeder Tarifaueinandersetzung neu aushandeln müssen. Daher wird die bevorstehende Tarifrunde nicht nur von rund 2,2 Millionen Tarifbeschäftigten bei Bund, Städten, Gemeinden und kommunalen Unternehmen, sondern auch von rund 350.000 Beamtinnen und Beamten und 180.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfängern des Bundes mit Spannung erwartet.“

Die Auftaktrunde findet am 26. Februar statt.

Die weiteren Verhandlungsrunden finden am 12./13. März 2018 sowie am 15./16. April 2018 statt.

Der Verhandlungsort ist jeweils Potsdam.